

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt UJK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich, oder 1,20 monatlich. Abonnementspreis bei Postbezug monatlich 1,50, vierteljährlich 4,50, halbjährlich 8,00, jährlich 15,00. Einzelhefte 20 Pf. Zusätze: Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das festgedruckte Wort 30 Pf. mit 40% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Expedit.: S.W. Jerusalem Str. 46-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; L.d. Fernverk. Nr. 14297-14299. — Chefredakteur: Otto Henschke.

Verkaufsstellen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wilmersd. Str. 1-6, Frankf. Allee 256, Frankf. Allee 216, Str. 101, Str. 102, Str. 103, Str. 104, Str. 105, Str. 106, Str. 107, Str. 108, Str. 109, Str. 110, Str. 111, Str. 112, Str. 113, Str. 114, Str. 115, Str. 116, Str. 117, Str. 118, Str. 119, Str. 120, Str. 121, Str. 122, Str. 123, Str. 124, Str. 125, Str. 126, Str. 127, Str. 128, Str. 129, Str. 130, Str. 131, Str. 132, Str. 133, Str. 134, Str. 135, Str. 136, Str. 137, Str. 138, Str. 139, Str. 140, Str. 141, Str. 142, Str. 143, Str. 144, Str. 145, Str. 146, Str. 147, Str. 148, Str. 149, Str. 150, Str. 151, Str. 152, Str. 153, Str. 154, Str. 155, Str. 156, Str. 157, Str. 158, Str. 159, Str. 160, Str. 161, Str. 162, Str. 163, Str. 164, Str. 165, Str. 166, Str. 167, Str. 168, Str. 169, Str. 170, Str. 171, Str. 172, Str. 173, Str. 174, Str. 175, Str. 176, Str. 177, Str. 178, Str. 179, Str. 180, Str. 181, Str. 182, Str. 183, Str. 184, Str. 185, Str. 186, Str. 187, Str. 188, Str. 189, Str. 190, Str. 191, Str. 192, Str. 193, Str. 194, Str. 195, Str. 196, Str. 197, Str. 198, Str. 199, Str. 200. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Drohender Streit der Eisenbahnarbeiter.

Rücktritt der Regierung verlangt.

Die „P. B. N.“ teilen mit: Heute mittag tagte auf dem Tempelhofer Felde eine Demonstrationsversammlung der Arbeiter der Berliner Eisenbahnen. Diese hatten bekanntlich gedroht, am 11. die Arbeit einzustellen, wenn das „Berliner Witzblatt“ nicht sofort aufhöre und die Regierung zurückträte. Inzwischen haben vielfache Verhandlungen mit Regierung und Zentralrat stattgefunden, die damit endeten, daß die Vertragsunterbrechung bis 14 gegen 10 Stunden den sofortigen Generalkrieg beendeten.

Nach den Mitteilungen dieses Ergebnisses ergriff das Mitglied des Zentralrates, Reinert, das Wort. Er befragte die Teilnehmer über die Lage der Eisenbahnen und warnte vor dem Generalkrieg, der die Bereicherung des Reiches beschleunigen und Berlin in den Hunger jagen würde; die ganze Revolution und ihre Erzeugnisse würden zerstört werden. Der Redner wurde mehrfach sibirisch von Deutschen unterbrochen, die den Rücktritt der Regierung verlangten.

Von den Diskussionsrednern wurde mehrfach der Generalkrieg lebhaft befürwortet. Andererseits wurde aber auch angegeben, daß der Rücktritt der Regierung augenblicklich die Lage eher verschlimmern als klären würde. Die Abstimmung über den Generalkrieg an Ort und Stelle erwies sich als technisch undurchführbar. Es wurde daher beschlossen, sie am Dienstag vormittag 10 Uhr in den Betrieben und Werkstätten der Berliner Eisenbahnverwaltung vorzunehmen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage, für die das Mitglied des Zentralrates, Reinert, die richtigen Worte gefunden hat, müssen wir den Eisenbahnern, die ihr Vaterland und die Sache ihres Volkes nicht im Stich gelassen haben, zurufen: Denkt an die ungeheure Verantwortung, die bei der heutigen Abstimmung in den Betrieben und Werkstätten auf euch ruht! Vergesst nicht, daß in diesen Tagen alles auf dem Spiel steht, daß es sich nicht nur um unsere bescheidenen Gegenwart, sondern vor allem um die sichere Zukunft unserer Kinder handelt.

Eisenbahner, verlaßt uns nicht!

Die Eisenbahner mögen bei ihrer Entscheidung auch bedenken, daß es nicht im Interesse einzelner Berliner Arbeitergruppen stehen kann zu bestimmen, wer Reichsregierung sein soll. Die jetzige Regierung ist indirekt durch den Reichstagskongress der A- und S-Käte eingeleitet worden und kann nur durch die Nationalversammlung abgesetzt werden. Wenn in Berlin eine Aenderung der Regierung rein nach Berliner Wünschen erzwingen wird, so muß man sich nicht wundern, wenn das übrige Reich sich so etwas nicht gefallen läßt. Schließlich könnten ja auch z. B. die Bayern erklären, daß ihnen die in Berlin erzwingende neue Regierung nicht paßt, und daß sie mit der Lebensmittelpolitik streifen, bis man ihre Wünsche erfüllt hat. Aus diesen Gründen raten wir den Eisenbahner in ihrem wohlüberlegten eigenen Interesse dringend ab, übereilte Entschlüsse zu fassen, deren Folgen ganz Deutschland zu energischer Stellungnahme gegen Berlin veranlassen könnten. Wie die Wahlen in Bayern und Württemberg erkennen lassen, ist die radikale Strömung im Reich nur verschwindend gering.

Die Verlängerung des Waffenstillstands.

Die Verhandlungen in Trier.

Berlin, 13. Januar. (W. Z. B.) Marschall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstands abkommens am 15. vormittags in Trier am Bahnhof begonnen werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angeben, zu welcher Zeit die erste Zusammenkunft der Vertreter stattfinden kann. Bekanntlich nehmen an den Verhandlungen von beiden Seiten die Vertreter teil, die seinerzeit an den Verhandlungen in Compiegne und bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstands in Trier teilgenommen haben.

Haag, 13. Januar. (Privat.)

Marschall Foch wird heute nachmittag im Auswärtigen Amt sich an der Sitzung des Obersten interalliierten Rates beteiligen. Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando werden dort anwesend sein, ebenso werden Pichon, Balfour, Oberst House und Sonnino der Versammlung beiwohnen. Der erste Punkt der Beratungen bildet die Erneuerung des Waffenstillstands. Dann wird die vorläufige Denkschrift, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz aufgestellt wurde, behandelt werden. An der Spitze dieses Dokuments steht der

Bericht über den Völkerbund und das Einverständnis mit den vierzehn Punkten Wilsons. Bis zur definitiven Zusammenfassung des Ausschusses wird Clemenceau den Vorschlag machen. Es ist beabsichtigt, ihn definitiv das Präsidium anzubieten. Die Ministerpräsidenten der Großmächte sollen den Titel von Vizepräsidenten erhalten und, wenn nötig, Clemenceau vertreten. Am 20. Januar wird Poincaré als Staatsoberhaupt die Konferenz begrüßen, die dann sofort ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Wahrscheinlich werden die Konferenzen jeweils am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeder Woche abgehalten werden, damit die Chiefs der einzelnen Regierungen der Alliierten sich in dringenden Fällen jede Woche nach ihren Hauptstädten begeben können, um sich dort mit ihren Regierungen zu beraten.

Wilna in Händen der Bolschewiken.

Nach Mitteilungen Wiener Blätter wurde Wilna von den bolschewischen Truppen verlassen hatten.

Ein Privat-Telegramm, das die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus dem Haag erhält, meldet: Holländische Neuensbureau meldet aus Paris: Der „Temps“ schreibt, daß die gefürchtete Intervention gegen die Bolschewiken in Polen beabsichtigt hat. Es wird beabsichtigt, durch die Alliierten die Linie von Danzig bis Thorn zu besetzen. Amerika, das die Expedition sehr fröhlich durchzuführen wünscht, hat beschlossen, ein amerikanisches Heer von zwei Divisionen nach Polen zu schicken.

Proteste der Ostdeutschen.

Berlin, 13. Januar. Amtlich. Täglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Anwesenheiten in Polen protestiert. Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posen und Oberschlesien kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausscheiden.

Bromberg, 13. Januar. (W. Z. B.)

Ueber die Lage um Bromberg wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß man der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegensehen kann, und daß zurzeit kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung besteht. Schubin, Znin und Labischin befinden sich in polnischem Besitz; ebenso sind die Polen in Rezhwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Übergang über den Kanal bei Rezhwalde noch halten. Die deutschen Streitkräfte halten die Linie Cielie — Zieliniec — Reheort — Hopsengarten.

Die Polen vor Żółkiew.

Żółkiew, 13. Januar.

Der Angriff gegen Kopyn konnte wegen Ueberlegenheit der Polen nicht weitergetragen werden. Die kleine von den Polen in Kopyn eingeschlossene Besatzung (es waren 52er) hat sich aber durch die polnischen Ringdurchschlagen. Die deutschen Kräfte stehen nun auf der Linie Grosz-Schnollen — Woinowa am Odra. Die Hauptmasse der Polen ist über Kopyn hinaus mitgefolgt. Polnische Patrouillen fliehen aber bis in die Gegend von Żółkiew vor. Im Kreise Żółkiew ist man nunmehr zur Gründung von Heimatskompagnien entschritten, die aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden und sich ihre Führer aus dem vorhandenen Offiziersmaterial selbst wählen. Der Angriff am Sonnabend erfolgte, nachdem die Polen Kopyn besetzt und die kleine deutsche Besatzung eingeschlossen hatten.

Der polnische Raubbericht.

Posen, 12. Januar.

Ueber die derzeitige militärische Lage in Posen wird von polnischer Seite mitgeteilt: Im Abschnitt Znin haben polnische Abteilungen Lubischin und Schubin genommen. Znin ist von den polnischen Truppen umzingelt; weitere Kämpfe sind im Gange. Aus Westpreußen haben sich die polnischen Abteilungen unter dem Druck überlegener Streitkräfte zurückgezogen.

Posen, 13. Januar.

General Dember-Musnicki ist von dem Obersten polnischen Volksgeneral Doborko-Musnicki endenden der polnischen Streitkräfte ernannt worden. Er ist dieser Tage mit seinem Stabe aus Warschau eingetroffen.

Der Schicksalstag des deutschen Volkes.

Der 9. November 1918 war der Todestag des von Bismarck mit Blut und Eisen zusammengeführten Deutschen Reiches, des Obrigkeitsstaates, der Fürsten und Untertanen hatte. Der 19. Januar 1919 wird von noch größerer Bedeutung für Deutschlands Zukunft sein. Am 19. Januar wird die Gesamtheit der deutschen Männer und Frauen sich ein neues, besseres Vaterland errichten nach eigenem Willen.

Der Wahlbetrieb zur Nationalversammlung läßt manchmal den Eindruck aufkommen, als ob weite Kreise unseres Volkes noch gar nicht die volle Bedeutung dieser Wahl erkannt hätten, als ob sie sich nicht klar wären über die gewaltige Verantwortung, die ihnen auferlegt worden ist.

Die früheren Reichstagswahlen können nicht zum Vergleich herangezogen werden. Sie waren bedeutungsvoll als Gradmesser der politischen Stimmung des Volkes, aber einen entscheidenden Einfluß auf die Richtung der deutschen Politik konnte ihr Ergebnis nicht ausüben. Die Macht des Reichstags war ja so beschränkt, die eigentliche Regierungsgewalt lag nicht in seinen Händen.

Ganz anders liegen die Dinge am 19. Januar. Der Wähler zur Nationalversammlung entscheidet über Deutschlands Zukunft. Die Nationalversammlung gibt dem neuen deutschen Freistaat die Verfassung. Von ihrer Zusammenkunft hängt es ab, ob die Deutschen ein Vaterland erhalten, in dem sie und die kommenden Geschlechter sich wohlfühlen können. Ueber die Zusammenkunft der Nationalversammlung entscheiden aber am 19. Januar alle wahlfähigen deutschen Männer und Frauen, in ihren Händen liegt eine ungeheure Macht, eine Macht, die eine hohe Verantwortung in sich schließt.

Wenn jeder Wähler sich dieser Verantwortung bewußt ist, dann muß er am 19. Januar sich von ganz anderen Erwägungen leiten lassen, als sie für die Reichstagswahlen bestimmend waren.

Zunächst: Es darf am 19. Januar keine Nichtwähler geben. Für die Nationalversammlung besteht die moralische Wahlpflicht. Wer könnte es vor seinem Gewissen verantworten, wenn er sich ferner ausschaltet bei der Neugestaltung seines Vaterlandes. An diesem Wahltage gilt nicht mehr die bequeme Ausrede der politischen Eumachen: „Es ruht ja doch nichts!“ Bei der Verhältniswahl gehen keine Energie verloren, jede Stimme hat ihr Gewicht. Die Wahlkreise sind nicht mehr sichere Besitz einer bestimmten Partei; die Wahlberechtigung der Minderheitspartei ist nicht mehr eine bloße politische Demonstration, sondern beeinflusst die Vertreterzahl dieser Partei und bringt damit den Einfluß des Wählers auf die Verfassung und auf die Gestaltung der neuen Regierung zur Geltung.

Ferner: Es darf am 19. Januar keine „Mitläufer“ geben. „Mitläufer“, das sind Leute, die einem Kandidaten ihre Stimme geben, dessen Partei gar nicht die ihre ist. Bei den früheren Reichstagswahlen hatte die Sozialdemokratie am meisten von den Stimmen der Mitläufer profitiert. Wer irgendwo über die Wirklichkeit der Regierung erbittert war, der wählte „rot“. Er wollte sich damit beiseite nicht zur Sozialdemokratie bekennen, aber er wollte die Macht haben und dadurch ärgern, daß er die Zahl ihrer Schächelhaber im Parlament vermehrte. Sein politisches Gewissen beugte der nichtsozialdemokratische Mitläufer der Sozialdemokratie damit, daß er sich sagte: und wenn der Reichstag noch so rot ausfällt, die Sozialdemokraten können nicht allzu viel Schaden anrichten, denn sie können gegen den Willen der Regierung ja doch nicht ihr Programm durchsetzen! Heute ist es anders. Wer am 19. Januar sozialdemokratisch wählt, der betätigt damit den Willen, die Verfassung des Deutschen Reiches nach dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie zu gestalten. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien werden das tun, und niemand kann sie deshalb angreifen. Wer aber als Nichtsozialdemokrat den sozialdemokratischen Stimmzettel als „Mitläufer“ abgeben will, der mache sich vorher klar, was er damit tut. Es geht nicht mehr mit der Redensart: „Ich unterschreibe natürlich nicht alles in diesem Programm, aber viel les, was die Leute wollen, ist doch ganz vernünftig!“ Nein, hier hilft kein Maulspiken, es muß geklärt sein! Wer zur Nationalversammlung sozialdemokratisch wählt, darf keinen Vorbehalt machen, er muß alles im sozialdemokratischen Parteiprogramm unterschreiben, denn wenn die Sozialdemokratie die Nationalversammlung und die künftige Regierung befreit, dann können sie das sozialdemokratische Programm durchsetzen; ja, sie müssen es durchsetzen, weil sie daran gebunden sind. Mag der revisionistische Kandidat noch so febrile Musketenschüsse machen, es ruht nichts, das veraltete Erfurter Programm ist noch nicht revidiert, es gilt für jeden Sozialdemokraten, der in die Nationalversammlung gewählt wird. Mit den Revisionisten im alten Reichstag ging man glimpflich um. Sie konnten immer darauf hinweisen,

Die Wahlbewegung.

Eisenverbindung.

Dass die beschränkte Macht der Sozialdemokratie die Durchführung der Programmforderungen unmöglich mache, und dass deshalb Korrekturen an die bürgerliche Gesellschaft geboten seien. In der Nationalversammlung ist es keinem Demokraten gelungen, die sozialdemokratische Politik, welche dem sozialdemokratischen Abgeordneten, der jetzt nicht für die volle Verwirklichung des Programms sorgt, die Parteiorganisation wider ihn sofort das Urteil spricht.

Von den Millionen der alten sozialdemokratischen Reichstagswähler kennen die wenigsten das noch heute gültige Erörterungsprogramm von 1891. Es verlangt in der Hauptsache die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Sozialisierung oder Verstaatlichung der gesamten Produktion. Alle übrigen Programmforderungen sind nur Mittel zu diesem Zweck. Sie sollen der Arbeiterklasse die politische Macht zur Durchsetzung dieser Grundforderung verschaffen. Nach der Umwälzung vom 9. November genügt aber schon ein überwältigender Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen am 19. Januar, um die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, d. h. die Beseitigung jeder wirtschaftlichen Selbständigkeit des Einzelnen, jeder freien Arbeit herbeizuführen. Wenn sozialdemokratische Volksbeauftragte und Kandidaten vor überfüllter Sozialisierung gewarnt haben, so haben sie das immer nur getan, weil die Sache sich nicht nach dem verlorenen Kriege mit einem Schlage durchführen lässt und weil sie auch zu einem so folgenschweren Schritt die Zustimmung der Nationalversammlung abwarten wollten. Und die fanstesten Revisionisten haben aber daran keinen Zweifel gelassen, daß die völlige Sozialisierung der Zweck ist, dem alle Mittel ihrer Politik zu dienen haben, — wenn die Nationalversammlung der Sozialdemokratie die politische Macht im neuen Deutschland verschafft. Das muß sich jeder Wähler am 19. Januar klar machen.

Es gibt viele Demokraten, die als Nichtmarxisten zum Reichstag bisher dennoch sozialdemokratisch gewählt haben, weil sie in den Sozialdemokraten zuverlässigere Kämpfer für die Demokratie erblickten als in den übrigen Parteien. Am 19. Januar darf kein demokratischer Nichtmarxist sozialdemokratisch wählen! Die Demokratie ist durchgesetzt — am leiblichen Sonnabend und Sonntag gegen die bewaffneten Söldlinge der Ledebour, Gichhorn und anderer Sozialdemokraten. Wer jetzt sozialdemokratisch wählt, der muß auf Marx schwören, sonst begeht er politisches Selbstmord.

Man könnte fragen, warum wir uns nicht gegen die Parteien der Rechten wenden. Warum? — weil das Energievermögen wäre. Die „Volkszeitung“ war immer ein demokratisches Blatt. Wir glauben nicht, daß unsere Leser sich zu Parteien hingezogen fühlen können, die dem demokratischen Gedanken feindselig gegenüberstehen. Es sind die Konfessionen und Identitäten gegen die „Volks“-Parteien nennen, das moderne Firmenschild täuscht niemand darüber, daß sie die Wiederkehr des alten Regimes herbeiführen, ebenso wie das Zentrum, das sich durch seine landesverräterischen Abtreunungsbestrebungen in Ost und West ohnehin in um jeden Kredit gebracht hat.

Wir wollen nicht die Wiederkehr des überwundenen Oberleitens, gegen dessen Mißwirtschaft die „Volkszeitung“ seit 70 Jahren angeknüpft hat. Wir sprechen als politische Zeitung zu politisch aufgeklärten Demokraten. Ihnen rufen wir zu: Zeigt euch der großen Verantwortung gewachsen, die der 19. Januar euch auferlegt, wählt demokratisch! Ihr habt jetzt endlich die Möglichkeit, das neue, verjüngte Vaterland nach eurem Willen zu gestalten. Gebt am Wahltag eure Stimme den Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei! Dann habt ihr dafür gesorgt, daß die Nationalversammlung und durch sie die Verfassung Deutschlands erfüllt ist von dem Geiste der Demokratie, der seinen Ausdruck findet in dem Leitwort von Theodor Barth: Alles für das Volk und alles durch das Volk!

Die Arbeit des Kabinetts.

Die „Pol. Post.“ schreibt: „Das Kabinett wird sich morgen abermals mit den wichtigsten inneren und äußeren Fragen beschäftigen, besonders mit den Verfassungsfragen — Vorlagen für die Nationalversammlung — und der Vorbereitung der Friedenskonferenz.“

Jetzt, nach der glücklichen Niederwerfung des Gegners, gewinnt die Regierung endlich Zeit, sich mit den lebenswichtigen und dringlichen Fragen der inneren, äußeren und Wirtschaftspolitik zu befassen.

So kurz, so gut. Nur meinen wir, daß die Regierung, was den Terror anlangt, sich noch nicht lösen sollte. Wir meinen, daß er eben noch nicht „glücklich niedergeworfen“ ist.

Die deutsche Kriegsschädigung.

Berlin, 13. Januar.

Die Genfer Zeitung „Indépendance Helvétique“ schreibt in einem Artikel über die Kriegsschädigung, die von Deutschland begahrt werden müsse, in Frankreich und Belgien bestehenden Illusionen über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten. Deutschland könne nur durch Hebereschüsse seines Exportes über den Import zahlen. Die unmittelbaren Zahlungsmöglichkeiten seien nicht groß. Die Goldreserve der Reichsbank betrage nur etwa drei Milliarden Franken, davon ginge jedoch noch das russische Gold ab. Wenn man Deutschland alles wegnähme, so würde eine Krise in den deutschen Finanzen eintreten, die verhängnisvoll werden könne. Man dürfe seinen Schuldner nicht ruinieren. Die in zweiter Linie in Betracht kommenden Auslandsguthaben seien wahrscheinlich nicht mehr bedeutend. In Österreich kämen Auslandsguthaben nicht in Betracht. Die in Deutschland befindlichen Auslandswerte hätten vor dem Krieg etwa fünf- und zwanzig Milliarden betragen. Deutschland habe aber während des Krieges sehr viele Werte, und zwar die besten, exportiert. Die russischen Walfumme seien zertrümmert und schwer zu zerlegen. Immerhin könnten Frankreich und Belgien diese Werte zuerst in Anspruch nehmen. Deutschlands Export werde in den ersten Jahren nicht bedeutend sein können, weil Deutschland sehr viel Anläufe im Ausland machen und deshalb überwiegend importieren müsse. Wenn man von Hunderten von Milliarden spreche, die Deutschland bezahlen sollte, so sei es absolut unmöglich, zu sagen, wie dies zustande kommen sollte. Auch sehr große jährliche Zahlungen werde Deutschland nicht leisten können; es werde Generationen brauchen, um die Schuld abzutragen. Der Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs werde daher mit Hilfe der Alliierten abgehandelt werden müssen.

und eine Eisenverbindung herbeigeführt unter der Parole: Getrennt marschieren und vereint schlagen gegen eine sozialistische Mehrheit.

Die Wahlen in Thüringen.

Jena, 18. Januar. (Privat)

Als erste der politischen Parteien im Wahlkreis Thüringen ist die Deutsche demokratische Partei mit ihrer Kandidatenliste, die wir schon veröffentlicht haben, auf dem Plan erschienen. Die Deutsche nationale Volkspartei und die Deutsche Volksliste haben sich auf eine gemeinsame Kandidatenliste geeinigt. Diese wird von dem früheren Reichstagsabgeordneten Arnstadt, Landwirt in Großpörsdorf, und dem früheren Staatssekretär Dr. v. Delbrück in Jena angeführt. Ihnen folgt der Oberverwaltungsgerichtsrat Leutheuser in Jena. Auch die Christliche Volkspartei ist mit eigenen Kandidatenlisten hervorgetreten. Ihr Spitzenführer ist Amtsrichter Dr. Breitenstein in Wehrhau, sonst sind noch der frühere Reichstagsabgeordnete Professor Poppe in Jena, Landesrat Dr. Heine in Jena, Reichstagsabgeordneter Dr. Riel in Wehrhau zu nennen. Die Mehrheitssozialisten stellen eine selbständige Liste auf, welche die Namen folgender früherer Reichstagsabgeordneter enthält: Reichhausler in Wehrhau, Landrat v. Naumburg, Hofmann in Saalfeld, Köppel in Wehrhau, Landrat v. Jena, Staatssekretär Dr. v. Jena, Reichstagsabgeordneter Dr. v. Jena. Bemerkenswert ist, daß die sozialdemokratische Liste nur zwei Frauennamen enthält und zwar am 5. und 14. Stelle. Die Unabhängigen im Wahlkreis liefern ihren feindseligen Brüdern zahlreiche Nadelstiche. Die Unabhängigen sind völlig ungewiss. Neben der Sozialdemokratischen Partei, die vermutlich die meisten Stimmen erhalten wird, geht natürlich die Deutsche demokratische Partei sehr zuversichtlich in den Wahlkampf. Leider fehlt namentlich in Erfurt, der neuen Hauptstadt Thüringens, ein Parteiblatt. Auch das Zentrum dürfte diesmal eine wesentlich härtere Stellung erhalten als bei früheren Reichstagswahlen, bei denen es fast nicht in Betracht kam.

Schwerin, 12. Januar. (Privat)

Die Deutsche demokratische Partei des 35. Reichstageswahlkreises Mecklenburg-Vorpommern hat für die Wahlen zur Nationalversammlung folgenden Wahlvorschlag eingebracht: Staatsminister Dr. Hugo Wendt (Schwerin), Staatsminister Dr. Hans Sibovitch (Schwerin), Staatsminister Dr. Peter Strömmer (Neustadt), Frau Johanna Friebe Schmidt (Schwerin), Gehobener Paul Schwanecke (Wellsen) und Lehrer Heinrich Secht (Güstrow).

Wer wird gewählt?

Der Demokrat findet die Antwort in nachstehender Aufstellung der demokratischen Listen für die vier brandenburgischen Wahlkreise:

Wahlkreis 3: Stadt Berlin.

1. Dr. Friedrich Raumann, 2. Gustav Hartmann, 3. Dr. Marie Elisabeth Anders, 4. Dr. Otto Spengel, 5. Lehrer Albert Wachter, 6. Justizrat Dr. Marwit, 7. Hugo Sommer, 8. Obermeister Rottig, 9. Anna Schulze, 10. Dr. Apt., 11. Anita Runge, 12. Köhning, 13. Max Rabben, 14. Stadtverordneter Hildebrandt.

Wahlkreis 4: Reichstagswahlkreise Potsdam 1-9.

1. Schriftsteller Dr. Pachnicke, Berlin, 2. Generalsekretär Ernst Reumann, Berlin-Nordend, 3. Gutsherr Richard Neuffer, 4. Prof. Gise Hück, Telephongehilfin, 5. Malermeister Steinbock, Prenzlau, 6. Justizrat Karl Kemmes, Prenzlau, 7. Schriftsteller Erwinmannsdorfer, 8. Generalsekretär Erich Raubeit, Prenzlau, 9. Gutsherr Dr. Andler, Pieslow bei Brandenburg, 10. Diplomingenieur Graf, Pantow bei Berlin.

Wahlkreis 5: Potsdam 10.

1. Staatssekretär A. D. Dornburg, 2. Chefredakteur Ruchle, 3. Frau Gise Heub-Knapp, 4. Privatangehörter Schubert, 5. Gemeindevorsteher Gustav Hofg, Königswusterhausen, 6. Hofmeisterführer Grünfeld, 7. Stadtvater Max Hoff, 8. Frau Regine Deutsch, 9. Architekt Benzke, Stadtverordneter.

Wahlkreis 6: Frankfurt a. Oder.

1. Reichstagsabgeordneter Bruckhoff, Guben, 2. Fabrikant Max Zahn, Randersburg a. W., 3. Direktor Emil Schulz, Neuhagen bei Lübbau, 4. Frau Dr. Großmann, Köttbus, 5. Malermeister Grünfeld, Forst, 6. Frau Erdmann, Klein-Köettbus, 7. August Lucas, Seditz bei Senftenberg, 8. Justizrat Hammer Schmidt, Köttbus.

Alte Männer und alte Methoden.

Wie die Konservativen Mitglieder werden.

Die Konservativen, die sich jetzt schamhaft „Deutschnationale Volkspartei“ nennen, haben einen „Werbeaufschuß für Heer und Marine“ gegründet, der unter der Leitung des ehemaligen Obermarschalls Major v. Oberg steht. Die Mitglieder sind zum Teil ebenfalls ehemalige Männer der glücklichen verflohenen Beeinflussungszentralen. So gehört der Major Hoffe aus dem Kreispremierant und der Korvettenkapitän Schewe aus der Kreispremierant des Reichs-Marineamtes zu dem gleichen Werbeaufschuß. Es ist natürlich das gute Recht der Konservativen, die Männer, die das alte System so würdig repräsentierten, nun auch für ihre neue Partei arbeiten zu lassen, aber den schärfsten Widerspruch muß es herausfordern, wenn dieser Werbeaufschuß die Kriegssämter innerhalb der Diensträume mit seinen Werbeaufschüssen überseht. Die Herren des Werbeaufschusses bemühen dabei offensichtlich die Personalbezeichnung, die ihnen aus ihrer früheren amtlichen Tätigkeit bekannt sind, und die Form der Anschreiben ist genau den früheren amtlichen Formularen angepaßt. Zahlreiche demokratische Offiziere und Beamte, die in mehreren Ämtern tätig sind, übersehen uns das diese Päckchen von Druckfäden, das ihnen in jeder ihrer Diensthellen auf den Schreibtisch geflogen ist. Man sieht, daß die Konservativen durchaus an ihrer alten Methode der Beeinflussung durch das Amt festzuhalten gewillt sind und dabei genau so strupplos verfahren wie früher.

Was geht beim A. O. K. 10 vor?

Vom Vorstand des Soldatenrates der 10. Armee geht uns nachstehende, sehr merkwürdige Erklärung zu: „Die gegenwärtig an Sitz des A. O. K. 10 amwesenden Mitglieder des Soldatenrates der 10. Armee legen ihr Amt nieder als Zeichen des Protestes gegen die antinationale und antisozialistische Politik, welche das A. O. K. 10 im Verein mit Ober-Ost im Gegenstand zur wiederholt fundgebundenen Auffassung des Soldatenrates betriebe und die bei der Planung und Ausführung des Soldatenrates andrade kam. Die planmäßige Aufhebung der Wahlbestimmungen durch die bewaffnete Macht (Regionäre) geschah, unter bewußter Umgehung des

In den vorhergehenden Mitteln, deren sich die Deutsche nationale Volkspartei im Wahlkampf gegen die Deutsche demokratische Partei bedient, gehört der Vorwurf, daß die demokratische Partei durch die Ablehnung der Eisenverbindung mit den übrigen bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie unmittelbar unterstütze.

Infolgedessen erscheint es nicht überflüssig, diesem Vorwurf einmal auf den Grund zu gehen.

Man sagt dem Verhältnismäßigkeit als ein Verdienst nach, daß es den unmoralischen Wahlbündnissen, die früher möglich waren, einen Riegel vorgeschoben. Dieser Riegel würde aber wieder entfernt, wenn jetzt die Eisenverbindung betragt gehandelt würde, daß Parteien, die im schärften Gegensatz zu einander stehen, untereinander eine Versicherung auf Gegenseitigkeit abschließen. In Wirklichkeit soll die Eisenverbindung lediglich dazu dienen, daß verwandte Parteien ihre Wähler dem gemeinsamen Gegner gegenüber als eine Liste gelten lassen können, um den Nachteil der Stimmenverteilung nicht dem gemeinsamen Gegner zuwenden. Die Deutsche demokratische Partei hat sich deshalb, insoweit es nicht in einzelnen Fällen aus besonderen Gründen unangebracht erschien, zu einer Verbindung ihrer Listen mit denen der Deutschen Volkspartei und der Christlichen Volkspartei (Zentrum) bereit erklärt. Dagegen hat sie mit vollem Recht überwiegend die Eisenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt, weil diese Verbindung weder sachgemäß noch zweckmäßig wäre.

Sie wäre nicht sachgemäß; denn die Deutsche demokratische Partei muß auf das bestimmte jede Verwandtschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei, die fast ausschließlich aus reaktionären Elementen besteht, von sich weisen. Die Konservativen und Antifreien, deren Gehülfe die Deutschnationale Volkspartei antizipiert, haben den heutigen Zustand gerade dadurch verschuldet, daß sie stets den Fortschritt behindert haben. Sie haben auch gerade während des Krieges Stände auf Stände gehäuft, und es ist kein Wunder, daß sie sich nicht nur nicht der Reichstagsmehrheit anschließen, sondern die Hege gegen sie geleitet haben. Durch ihr Verhalten im Reichstage haben sie — oft Hand in Hand mit der Unabhängigen Sozialdemokratie — alles getan, damit die Verhandlungen für einen Verständigungsfrieden und für den geordneten Ausbau des Verfassungshauses erfolglos blieben. Die Deutsche demokratische Partei würde sich einer Gefährdung für den Frieden nicht mit dieser Partei angeschlossen machen, wollte sie heute anerkennen, daß sie mit diesen Parteien irgendetwas gemein hat.

Sie würde damit aber auch nicht, wie es die Deutschnationale Volkspartei darzustellen sucht, die Sozialdemokratie gefährden, sondern im Gegenteil der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zutreiben. Der Sozialdemokratie könnte gar nichts Besseres widerfahren, als die sogenannte „Sammlung aller bürgerlichen Parteien“. Sie hätte dann die jugendliche Parole gegen den „reaktionären Mischmasch“, gegen den „Ordnungsstörer“ und es würden ihre in Strömung der Massen zurücksinken, die wohl einer wahrhaft demokratischen Partei zu folgen bereit sind, jedoch nicht konservativen und antifreien Elementen Vorzug zu leisten wüßten. Die Folge wäre eine enorme Abwanderung von Stimmen zur Sozialdemokratie, welche durch den etwaigen, übrigens nur in sehr beschränktem Maße zu erwartenden tatsächlichen Gewinn einzelner Mandate aus der Eisenverbindung auch nicht entfernt ausgeglichen werden könnte.

Die Deutsche demokratische Partei ist sich bewußt, durch die Ablehnung der Eisenverbindung mit reaktionären Elementen sowohl im Sinne der reiflichen Führung des Wahlsystems als auch im Sinne der wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie ethisch und richtig gehandelt zu haben. Sie deshalb der Begünstigung der Sozialdemokratie zu zeigen, obwohl sie befaßt die Eisenverbindung mit dieser bei den jetzigen Wahlen grundlegend verweigert hat, ist nichts anderes als ein unanständiges Wahlmanöver.

Die Wahlen zum bayerischen Landtage.

Niederlage der Unabhängigen.

München, 13. Januar. (T. U.)

Die Wahlen zum konstituierenden bayerischen Landtage sind, soweit zur Stunde Berichte vorliegen, im ganzen Lande in bester Ordnung vor sich gegangen. In München waren von der Regierung alle Vorkehrungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit getroffen worden. Die Wahlbeteiligung war sehr stark. In vielen Bezirken hatten schon in den Mittagsstunden über 80 Prozent der Wähler gewählt. Ein ungewöhnlicher Anstich war, daß weibliche Mitglieder religiöser Orden in geschlossenem Zuge zur Wahlurne geführt wurden. Die Kommunisten und Anhänger des Separatistenbundes, die Anfangs Wahlenthaltung hatten über wollen, hatten in den letzten Stunden beschloßen, überall für die Kandidaten der Bayerischen Volkspartei, also für das frühere Zentrum, zu stimmen.

München, 13. Januar. (T. U.)

Die Ergebnisse aus dem Lande liegen noch nicht vor. Das Ergebnis für München steht noch nicht annähernd fest. Doch ist aus den Stimmverhältnissen so viel zu ersehen, daß die Mehrheitssozialisten einen Vorsprung gegenüber den übrigen Parteien haben, während sich Zentrum und Demokraten annähernd die Waage zu halten scheinen. Die Unabhängigen haben offenbar recht schlecht abgeschnitten.

Der Wahlkampf in Köln.

Köln, 13. Januar. (Privat)

Die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Nationalversammlung werden, je näher der Zeitpunkt heranrückt, von den einzelnen Parteien mit wachsender Kraft betrieben. Außerhalb dieser Vorbereitungen erkenntlichweise in den Versammlungen sowohl wie in der Presse fand häufige Capräge, wie es die Auseinandersetzungen unter den Parteien bei den früheren Wahlen leider allzuoft auszeichnete; man führt den Kampf ruhiger und in sachlichen Formen, wenn auch nicht mit weniger scharfen Waffen. Die schärften Gegenwehr und die größten Massenprallen auch diesmal wieder in den alten Gegnern der Sozialdemokratie und dem Zentrum, einsehender. Die Aussicht des Bürgerrechts auf eine seiner Elemente nach gehörende Zahl von Mandaten ist gestiegen. Die Deutschnationale Volkspartei hat mit der Deutschen Volkspartei eine Verbindung der Listen abgeschlossen. Beide haben, wie in der gestrigen Nationalversammlung des Zentrums bekanntgegeben wurde, wiederum den Anstich an das Zentrum für den ganzen Wahlkreis Köln-Rhein gefunden.

Soldatenrates der 10. Armee, ist nach den Vorgängen in Warschau und Posen völlig unbegründet und bedeutet zugleich die Aufriktion eines reaktionären Gewaltregiments.

Diese Tatsachen zwingen uns, jede weitere Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Dienststellen aufzugeben.

Der Hinweis „nach den Vorgängen in Warschau und Posen“ spricht eine nur zu deutliche Sprache.

Die pol. Parlamentarischen Nachrichten schreiben: „Wie wir auf dem Volkspredigt erfahren, ist Kadel ganz bestimmt nicht mehr in Berlin.“

Wo ist Kadel? Liebkecht und Eichhorn verschwunden.

Die französischen Willkürherrschaft in Elsass-Lothringen. Ueber die Verhältnisse in Elsass-Lothringen unter der französischen Besetzung ist in Spaen von seinen deutschen Regierung eine Note überreicht worden.

Ob es wirklich so „ganz“ bestimmt ist, daß sich Kadel nicht mehr in Berlin befindet? Wir sind — gerade was diesen Zeitgenossen anlangt — in letzter Zeit etwas mißtrauisch geworden.

Die französische Willkürherrschaft in Elsass-Lothringen.

Ueber die Verhältnisse in Elsass-Lothringen unter der französischen Besetzung ist in Spaen von seinen deutschen Regierung eine Note überreicht worden.

Ob es wirklich so „ganz“ bestimmt ist, daß sich Kadel nicht mehr in Berlin befindet? Wir sind — gerade was diesen Zeitgenossen anlangt — in letzter Zeit etwas mißtrauisch geworden.

wenden muß, als ob Teile der preussischen Rheinprovinz, insbesondere das Saarbecken, zu Elsass-Lothringen gehörten.

Die deutsche Regierung teilt auf das nachdrücklichste, daß die Regelung der elsass-lothringischen Frage im Friedensvertrage zu erfolgen hat, und legt gegen das französische Vorgehen feierlichst Verwahrung ein.

Republikanische Schutztruppe.

Alle bereits gebildeten oder noch in der Bildung begriffenen Wehren (Zöglinge, Bürgerwehren und dergleichen) werden nunmehr zu einer „Republikanischen Schutztruppe“ zusammengefaßt.

Die Vernehmung der gesungenen Spartacisten ergibt nur geringe Resultate. Die meisten erklären, selbst nicht zu wissen, woher sie gekommen sind.

An die Beamten und Lehrer. Freiwillige vor!

Die Regierung ist fest entschlossen, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen und dem bolschewistischen Treiben ein Ende zu machen.

Es ergeht daher auch der Ruf an die gesamte Beamten- und Lehrerschaft des Deutschen Reiches, sich ebenfalls den Regierungstruppen zur Verfügung zu stellen.

- 1. Dapfen, Robbieloff-Allee, Luisenpark, Garderegiment. 2. Detachment Grothe, Zehlendorf, Werbestelle: Garderegiment. 3. Schulzenhof, Gut. 31, Infanteriedivision. 4. Zehlendorf, 17. Infanteriedivision. 5. Freiwilliges Landesjägerskorps, Groß-Bichterfeld. 6. Freiwilliges Landesjägerskorps, Groß-Bichterfeld. 7. Division Gärten, Zehlendorf. 8. Regiment Reinhardt, Moabit, Kaiser 4, Garderegiment.

Wilson in Rom. Die Schaffung einer „neuen Weltpolitik“.

Lugano, 13. Januar. (Privat-Telegramm) Während seines Aufenthalts in Rom hielt Wilson eine ganze Anzahl von Vorträgen und Reden, in denen allen ein unentwegtes Festhalten an seinen Prinzipien sowie die bestimmte Hoffnung auf deren Durchführbarkeit zum Ausdruck brachte.

Ludendorff in Schweden.

Stockholm, 12. Januar. (Privat) Der Minister des Innern, Schotte, verkündet, daß sich General Ludendorff seit einigen Wochen in Schweden befindet.

Warum Madansen interniert wurde.

Budapest, 13. Januar. Eine Meldung des ungarischen Korrespondenz-Büros aus Agron vom gestern gibt als Grund für Madansens Internierung in der Belgrader Gegend an, daß seine Armeeführer die Entwaffnung und Internierung entzogen und nach Deutschland geflüchtet hätten.

Riesenkreuz in Argentinien.

Saig, 12. Januar. (Privat) Meldungen aus Buenos Aires bejagen: Gestern wurden im Straßenkampf zwischen Streikenden und Regierungstruppen 72 Personen getötet, 81 verletzt und 89 leicht verwundet.

Siehe die Wochenbeilage: „Illustrierte Familienzeitung“ Nr. 1.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil des Blattes: Dr. jur. et. phil. Carl Gierig in Charlottenburg; für das graphische Material: Carl Gierig in Charlottenburg; für den Druck: Rudolf Wölfe, Berlin SW.

Wilhelm Grassmuck. 22 Jahre in unserer Firma tätig, hat er bis zum letzten Tage seine Pflicht treu erfüllt, dessen Hinscheiden wir aufs tiefste bedauern.

Münzen. Frauen! Erlauben Sie sich die ausgezeichnete neue Ausgabe von Münzen, 1000 Stück, 1000 Stück, 1000 Stück.

Gewinnreich Ziehung 14., 15., 16., 17. u. 18. Jan. Grosse Rote Kreuz-Geldlotterie. Erster Hauptgewinn Mark 100000.

Der neue Rasier-Apparat. Einziges Fabrikanten-Modell. Einziges Modell für jeden Bart.

Männliche Personen. Freiwillige zum Schutz der Nordhavense Gegend. Edelsteine, Edelsteine, Edelsteine.

Weibliche Personen. Gewerbl. Personal. Schneiderinnen, Schneiderinnen, Schneiderinnen.

Wichtige Sanitarbeiterinnen. Für Heilbäder in und außer dem Hause folgt verlangt. Carl Dörker, 60, Bodenfeldestraße 20.

Zeitungsverkäufer. Deutsche Tageszeitung, Berlin SW 11, Bernburgerstr. 18 (Keller). Zeitungsbüro, Berlin SW 11, 4-5 Uhr.

Portiers. Portierstelle. Zu vergeben, Laden f. Schuhmacher etc., 3. 1. Gebauer, Reichstraße 29, I.

Unlegerin. Unlegerin. Unlegerin. Unlegerin. Unlegerin.

